

## III. Ordentliche Zentrale Delegiertenkonferenz erfolgreich abgeschlossen

### Leitfaden zur Arbeit der RHD und Resolution zu den wichtigen Aufgaben der RHD verabschiedet

In Dortmund wurde am 1. und 2. März unsere III. Ordentliche Zentrale Delegiertenkonferenz durchgeführt. Die Diskussionen über den Rechenschaftsbericht, über die Anträge und über unsere tägliche Arbeit wurden mit einem großen Verantwortungsbewusstsein und mit großer Einheitlichkeit durchgeführt.

Die wichtigsten Aussagen des Rechenschaftsberichts zur künftigen Arbeit wurden in der Resolution zu den wichtigsten Aufgaben der RHD zusammengefasst und verabschiedet. Die Delegierten verabschiedeten ferner den Leitfaden zur Arbeit der RHD, der vom Zentralvorstand als Bestandteil des Rechenschaftsberichts mit vorgelegt worden war. In ihm sind die wichtigsten Erfahrungen aus unserer Solidaritätsarbeit zusammengefasst; für die praktische Arbeit der Ortsgruppen wird er sicherlich ein wichtiges Hilfsmittel sein.

Die Ortsgruppen Bielefeld und Hamburg und Peter Puk als Leiter, der sich hervorragend bei der Organisation der Solidarität für Dieter Vogelmann eingesetzt hat, wurden wegen ihrer guten Arbeit ausgezeichnet. Der Bericht Peter Puks über seine Arbeit und die

Erfahrungen, die dabei gewonnen wurden, war einer der Höhepunkte der Konferenz.

Die Delegiertenkonferenz verabschiedete weiter eine Neufassung der Leitsätze und nahm einige redaktionelle Änderungen an der Satzung vor. Zum Abschluss ihrer Beratungen wählten die Delegierten den neuen Zentralvorstand, der auf fünf Mitglieder erweitert wurde. Zum 1. Vorsitzenden wurde wieder Jürgen Janz gewählt. Zweite Vorsitzende ist Altmuth Euler. Die weiteren Vorstandsmitglieder sind Peter Puk, Bernd Reisser, der bereits dem Zentralvorstand angehörte, und Hannelore Weskamp.

Nachfolgend drucken wir die Resolution zu den wichtigsten Aufgaben ab. Weitere wichtige Materialien der III. ZDK werden in der Aprilausgabe veröffentlicht.

### Wichtige Aufgaben der RHD

Betriebe werden bespitzelt und von fortschrittlichen und kämpferischen Kollegen, Vertrauensleuten und Betriebsräten gesäubert. Die Meinungs- und Pressefreiheit wird zwar in der Verfassung unter den Grundrechten aufgeführt, es genügt aber, einen Anti-Strauß-Kleber auf dem Arbeitskittel zu tragen, um die Arbeit zu verlieren. Während ein Herr Stoiber fortschrittliche Menschen ungestraft als Ratten und Schmeißfliegen bezeichnen kann, werden diejenigen, die gegen die von Strauß ausgehende Gefahr hinweisen und gegen diesen

Mann protestieren, mit Prozessen überzogen. Alte und neue Nazis können unter Polizeischutz ihre Aufmärsche und Kundgebungen veranstalten, sie können sich ungestört in einer neuen NSDAP zusammenschließen, während gleichzeitig die Zahl der wegen ihres Protestes angeklagten und verurteilten Antifaschisten ständig steigt. Während Nazis in Polizei, Bundeswehr und Schule im allgemeinen nichts zu befürchten haben, wächst die Zahl der Berufsverbote gegen fortschritt-

Fortsetzung Seite 2

Der Vorgang ist ungeheuerlich: Da bezeichnet Herr Stoiber, Generalsekretär der CSU, laut Presseberichten eine Reihe angesehener und fortschrittlicher Schriftsteller als Ratten und Schmeißfliegen. Später hieß es, und da bekennt sich auch Strauß ausdrücklich dazu, es sei vor allem Bernd Engelmann, Vorsitzender des deutschen Schriftstellerverbandes, gemeint gewesen. (Ist das weniger schlimm?) Gegen ihn richtet sich der Zorn von Strauß und Co. vor allem deswegen, weil er zu denjenigen gehört, die auf die Nazi-Vergangenheit von Strauß hinweisen und ihm und seinem Programm den Kampf angesagt haben.

## Ratten, Schmeißfliegen und die Meinungsfreiheit



Laut Paragraph 130 des Strafgesetzbuches wird Volksverhetzung, und um was sonst handelt es sich hier, mit bis zu fünf Jahren Gefängnis bestraft. Hat man aber gehört, daß ein Staatsanwalt nun gegen Strauß tätig geworden ist? Vermutlich wird man lange, lange darauf warten müssen...

Dies ist die eine Seite. Auf der anderen Seite wird die IG-Metall-Zeitung per Gerichtsurteil dazu verpflichtet, auf der Titelseite eine Gegendarstellung von Strauß zu dessen berüchtigtem „Und-wenn-wir-hinkommen...“-Zitat abdrucken; wird in Bochum ein presserechtlich Verantwortlicher der KPD/ML zu Geldstrafe verurteilt, weil in einem Flugblatt Strauß als „Neo-Nazi“ bezeichnet wurde. Und es gibt zahlreiche solcher Beispiele.

Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, die gibt es offensichtlich nicht für alle, vor allem nicht für jene, die Strauß angreifen.

Von allen Fällen, in denen die RHD die Solidarität organisiert und auch finanzielle Unterstützung gewährt, sind die Fälle, wo es um Meinungsfreiheit und Pressefreiheit geht, am häufigsten. 1979 hat sie in diesen Fällen über 32.000 Mark an Unterstützung ausbezahlt.

Laut Grundgesetz hat jeder das Recht, seine Meinung frei zu äußern. Eine Zensur, so heißt es dort, findet nicht statt. Laut Bundesverfassungsgericht ist unter Zensur Vorzensur zu verstehen, also das Einreichen und Genehmigenlassen von Artikeln und Büchern. Und so etwas gibt es in der Tat nicht. Warum aber schreiben die Pressegesetze vor, daß unter jeder Veröffentlichung ein „presserechtlich Verantwortlicher“ anzugeben ist? Doch nur, damit die Staatsanwälte gegen die Meinungen vorgehen können, die man nicht veröffentlicht sehen möchte. Und das ist in erster Linie die Meinung der Kommunisten, Antifaschisten, die Meinung derer, die unter der Losung „Stoppt Strauß“ kämpfen. Die Rote Hilfe hat die Aufgabe, den Betroffenen solidarisch zur Seite zu stehen und, wenn es erforderlich ist, sie auch finanziell zu unterstützen, damit man ihre Meinung auch weiterhin hören kann.

# Aktuelle Aufgaben der RHD

## Solidarität mit Bernt Engelmann

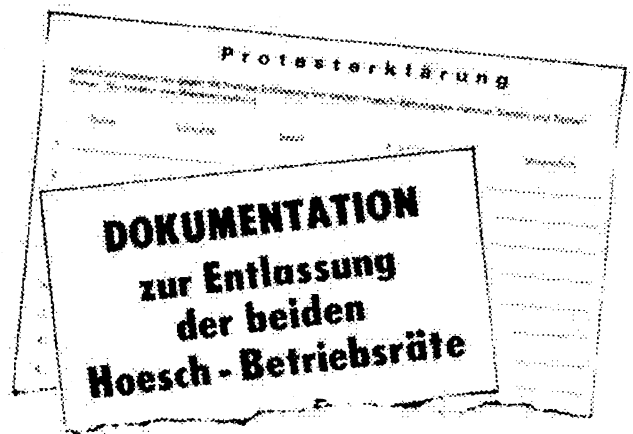
Der Vorsitzende des deutschen Schriftstellerverbandes, Bernt Engelmann, und andere fortschrittliche Schriftsteller sind von Strauß und Co. in unerhörter Weise angegriffen worden. Zu ihnen gehört auch Ingeborg Drewitz, die sich für die Freilassung Dieter Vogelmanns eingesetzt hat. Der Zentralvorstand der RHD hat in einem Brief an Engelmann seine Betroffenheit und tiefe Empörung über diese ungeheuerlichen Beschimpfungen fortschrittlicher Schriftsteller zum Ausdruck gebracht. Mit Recht weist Engelmann darauf hin, daß es nötig ist, gegen die „Sprache der Mörder“ aufzubegehren.

Wir möchten alle Mitglieder der RHD auffordern, zusammen mit Kollegen, in Gewerkschaftsgruppen, Komitees u.ä. Solidaritätsresolutionen für Herrn Engelmann zu verab-

schieden, der einen sehr wichtigen Kampf gegen Strauß und sein Programm führt.

Seine Adresse: Bernt Engelmann, Berg 10, 8183 Rottach/Egern.

Beim Zentralvorstand gibt es eine kleine Zusammenstellung von Zeitungsartikeln zu der Affaire. Bitte 2,— DM in Briefmarken beilegen.



## Unterstützt die entlassenen Hoesch-Betriebsräte

Den beiden Betriebsräten Norbert Bömer und Hartmut Siemon im Dortmunder Hoesch-Werk Union wurde fristlos gekündigt. Der Grund: Sie sollen die Kollegen über den anstehenden Sozialplan informiert haben, dies sei „Vertrauensbruch“.

Bei Hoesch sind mehrere tausend Arbeitsplätze durch Rationalisierungsmaßnahmen bedroht. Innerhalb weniger

Tage sollte ohne jede Information der Belegschaft zwischen Werksleitung und Betrieb ein Sozialplan ausgehandelt werden, der zumindest nach Meinung der beiden Betriebsräte in einigen Punkten mangelhaft war. Auf das Bekanntwerden von Teilen dieses Sozialplans reagierte dann die Werksleitung ausgesprochen empfindlich: Sie brach die Verhandlungen ab und entließ die beiden Betriebsräte, die durch ihre Zugehörigkeit zur „Revolutionären Gewerkschaftsopposition“ schon von Anfang an unbenommen gewesen waren.

Gegen die Entlassung der beiden Betriebsräte hat sich sofort ein Solidaritätskomitee gebildet, dem u.a. Max von der Grün, der Spielleiter des Dortmunder Schauspielhauses, Andreas Weissen, aber auch Betriebsräte und Vertrauensleute anderer Betriebe angehören. Auch der Zentralvorstand der RHD hat den beiden entlassenen Betriebsräten in einem Brief die Unterstützung durch die RHD zugesagt. Eine Unterschriftensammlung wird durchgeführt, Solidaritätsveranstaltungen finden statt, die Sache wird gewiß in den nächsten Wochen noch weitere Kreise ziehen.

Wir rufen alle Mitglieder der RHD auf, in gewerkschaftlichen Gruppen u.ä. Solidaritätsbekundungen für die entlassenen Betriebsräte vorzuschlagen. Unterschriften zu sammeln und auch um Spenden für die Arbeitsgerichtsprozesse zu bitten. Der Text der Unterschriftenliste lautet: Hiermit protestieren wir gegen die fristlose Entlassung der beiden Hoesch-Betriebsräte Hartmut Siemon und Norbert Bömer. Wir fordern ihre Wiederinstellung. Dokumentation (2 DM in Briefmarken) und Unterschriften beim Zentralvorstand oder bei Alice Siemon, Bärsinghausenstr. 23, 4600 Dortmund 14.

## III. Ordentliche Delegiertenkonferenz erfolgreich abgeschlossen

liche Angehörige des öffentlichen Dienstes ständig weiter. Mit Strauß drängt ein Mann an die Macht im Staat, dem diese Unterdrückungs- und Verfolgungsmaßnahmen noch viel zu lasch sind, bei dem sowohl seine Vergangenheit wie sein jetziges Reden und Handeln darauf hinweisen, daß er versuchen wird, die Fille der gegen die Arbeiterbewegung und gegen die antifaschistische, demokratische und gewerkschaftliche Bewegung gerichteten Gesetze mit aller Schärfe anzuwenden.

Die Rote Hilfe Deutschlands muß sich darauf vorbereiten, künftig in einem größeren Ausmaß als bisher die Solidarität mit den solchermaßen verfolgten Demokraten, Antifaschisten, Gewerkschaftern und Kommunisten zu organisieren. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, muß die Arbeit der gesamten Organisation verbessert werden. Dabei sind folgende Punkte von Bedeutung:

1.) Die Betreuung und Kasierung muß mit größerer Sorg-

falt als bisher durchgeführt werden. Die Mitgliederversammlungen, denen eine wichtige Kontrollaufgabe hinsichtlich der Arbeit der Ortsgruppe zukommt, müssen darauf achten, daß verantwortungsbewußte und aktive Vorstände gewählt werden.

2.) In allen Fällen, in denen wir die Solidarität organisieren, müssen wir uns bemühen, nach Möglichkeit den Betroffenen selbst mit in diese Arbeit einzubeziehen. Wir müssen uns zunächst an dessen Kollegen- und Bekanntenkreis und dann an die Kräfte wenden, die dem Gedanken der Solidarität bereits aufgeschlossen gegenüberstehen. So ist es möglich, nicht nur bereits am Ort gute Erfolge bei der materiellen Unterstützung zu erreichen, sondern auch den Gedanken der organisierten Solidarität, der Roten Hilfe, weiter zu verankern und den Betroffenen selbst, sowie Menschen aus einem Kollegen- und Bekanntenkreis von der Notwendigkeit einer Mitgliedschaft in der Roten Hilfe Deutschlands zu überzeugen.

3.) Eine wichtige Rolle bei der Organisation der Solidarität kommt jenen unserer Mitglieder zu, die auch noch aktiv in anderen Organisationen oder in Initiativen arbeiten. Sie können meist als erste die Verbindung der Roten Hilfe Deutschlands mit dem Betroffenen herstellen und meist haben sie auch den besten Kontakt zu dem Umkreis des Betroffenen, seinen Kollegen und Bekannten, in dem wir zunächst die Solidarität zu organisieren versuchen.

4.) Von Einschüchterungs- und Verfolgungsmaßnahmen betroffen sind nicht nur Kommunisten, sondern aktive Gewerkschafter, fortschrittliche Kollegen, Vertrauensleute und Betriebsräte in den Betrieben, Strauß-Gegner, Antifaschisten, Lehrer, ja sogar Schriftsteller, und Künstler. Dem müssen wir bei unserer Arbeit Rechnung tragen.

5.) Der Zentralvorstand muß, gestützt auf entsprechende Berichte aus den Ortsgruppen, Informationen über wichtige überörtliche Solidaritätsaufgaben der gesamten Organisation zur Verfügung stellen, damit auch in diesem Maßstab die Solidarität organisiert werden kann.

